

Sonderprüfung ist das nächste Ziel

Zuckermarkt Der Norddeutsche Zuckerrübenaktionärsverein sieht sich als unabhängige Ergänzung zu den Rübenanbauerverbänden. Im Vordergrund steht die kritische Überprüfung der strategischen Entscheidungen der Nordzucker AG.

Der Vorsitzende des Aktionärsvereins, Friedrich Rodewald, hat auf der Mitgliederversammlung in Pattensen vor rund 50 Gästen stark die Regelung kritisiert, dass in den neuen Anbauverträgen das Zuckerwirtschaftsjahr (1.10. bis 30.09.) für die Bezahlung der Zuckerrüben herangezogen wird. Dieses Vorgehen sei nicht praxisgerecht, weil dann der Landwirt erst nach rund einem Jahr konkret wisse, welchen Rübenpreis er für seine im Vorjahr gelieferten Rüben erhält.

Tickende Zeitbombe

Dies sei kontraproduktiv, so Rodewald, weil das Rübengeld gerade wegen der derzeit schwachen Wirtschaftlichkeit der Zuckerrübe schon komplett im März auf dem Konto der Rübenanbauer eingegangen sein müsste. Der Aktionärsverein hält es für sinnvoller, als Grundlage das normale Wirtschaftsjahr der Nordzucker (1.3. bis 28.2.) zu betrachten. Nur so könne der Rübenpreis transparent ermittelt und zeitnah ausbezahlt werden.

Vorstandsmitglied Alfred Engelke zitierte in seinem Bericht den Nordzuckervorstand, der bei der Vorstellung des 3. Quartalsberichts einen finanziellen Verlust zum Ende des Geschäftsjahres 2018/19 angekündigt hatte. Engelke hielt angesichts der geplanten Investitionen fest, dass Größe allein kein Garant für Gewinn sei. Die verkündeten Einsparmaßnahmen in der Verwaltung von 20 Mio. € kommen aus seiner Sicht viel zu spät. Hier habe der Konzern schon über Jahre viel zu viel Geld aufgewendet.

Als tickende Zeitbombe bezeichnet Engelke ebenfalls schon seit Jahren die sehr hohen Pensionsaufwendungen der Nordzucker AG. „Die Pensionäre haben das Unternehmen in den letzten fünf Jahren rund 153 Mio. € gekostet, wiederholte er seine Ausführungen aus dem Jahr 2018. Erfreut zeigte sich das Vorstandsmitglied einerseits über die Tat-

sache, dass die Nordzucker zurzeit über ein Geldvermögen von 442 Mio. € verfügt. „So viel Geld hatte die Nordzucker noch nie“, betonte er. Andererseits werfe diese Summe auch die Frage auf, ob der Rübenpreis zwischen 2016 und 2018 gerecht gewesen ist, meinte er.

Bei 3 €/t mehr Rübengeld hätte das die Nordzucker im Konzern rund 47 Mio. € gekostet, rechnete Engelke vor. Dann hätte der Jahresüberschuss immer noch bei 71 Mio. € gelegen und eine Dividende von 1,00 €/Aktie (rund 48 Mio. €) wäre auch noch zahlbar gewesen. Statt 442 Mio. € hätte der Konzern immer noch 320 Mio. € auf der Bank gehabt. Für die unzureichenden Rübenpreise machte er indirekt auch die Anbauerverbände mit verantwortlich, die beim Rübenpreis poker schlecht verhandelt hätten.

Angesichts der Ankündigung, dass die Nordzucker den Einstieg in das australische

Zuckerunternehmen Mackay Sugar plant, riet er dem international unerfahrenen NZ-Vorstand, nur Investments mit geringem Risiko und ohne zu hohe Managementanforderungen anzugehen. In diesem Zusammenhang stellte er die Frage, was eigentlich die heimischen Rübenanbauer von solch einer Beteiligung in Australien haben. Er warnte davor, ein „unrentables, marodes und hoch verschuldetes Zuckerunternehmen am anderen Ende der Welt zu kaufen und dort 400 bis 500 Mio. € zu versenken“.

Rodewald und Engelke forderten den Nordzucker-Vorstand auf, das Geld stattdessen in Projekte vor Ort zu stecken. Wesentlich weniger riskant sei es, in grüne Energie (z.B. Windräder) oder in neue Zuckerräger zu investieren. Bei letzterem sei eine Rendite von rund 15% möglich, ohne dass dafür wie beim Mackay-Projekt außerordentlich hohe Managementfähigkeiten vorliegen müssen.

Rübe steckt in der Krise

Friedrich Rodewald stellte anhand eines Vergleichs der Deckungsbeiträge (DB) aus dem Rheinland von 2014 bis 2017 und einer Prognose bis 2022 heraus, dass die Zuckerrübe von 1.905 €/ha in 2014 auf 1.180 €/ha in 2017 abgesackt sei. Nach dem Wegfall der Mindestpreise und dem Einbruch der Marktleistung werden die Deckungsbeiträge bei vergleichbaren Direktkosten in 2018 auf 379 €/ha absinken. In 2019 werden 430 €/ha und in 2022 sogar nur noch 330 €/ha DB erwartet, was auf die geringeren Preise von nur noch 23,00 €/t und höhere Pflanzensatzkosten zurückgeführt wird.

Winterweizen kommt im Vergleich dazu in 2018 auf 665, danach wird mit 750 €/ha DB gerechnet. Für Raps werden in 2018 etwa 815 €/ha DB und danach rund 800 €/ha angesetzt. Dies zeigt laut Rodewald,



Friedrich Rodewald

Foto: Raupert

Doppelfunktion soll beendet werden

Lippe-Weser Auf deutliche Kritik stoßen beim Aktionärsverein seit langem die Doppelfunktion in der Zuckerindustrie. Im Fokus stehen z.B. besonders die Personen, die leitende Positionen in den Anbauverbänden und den Nordzucker-Gremien ausfüllen. Bisher ist die Kritik immer abgeprallt. Doch jetzt scheint Bewegung in die Sache zu kommen. Beim benachbarten Verband der Rübenanbauer im Lippe-Weser Raum hat der Beirat in einer Sitzung am 17. Januar beschlossen, mit Beginn der neuen Wahlperiode die Doppelfunktion des Geschäftsführers zu beenden.

Bisher wurde der Leiter der landwirtschaftlichen Abteilung des Werkes Lage

immer in turnusgemäßer Wahl durch den Beirat zum Geschäftsführer des Verbandes bestellt. Jetzt will man durch eine eigenständige solide Finanzierung eine größere Unabhängigkeit des Verbandes erreichen. Im Rahmen der Anerkennung des Verbandes als Erzeugergemeinschaft sei es nicht mehr möglich, wesentliche Anteile der Finanzierung durch Marktpartner zu erhalten, schreibt der Beirat in einer Einladung an die Mitglieder. Auf einer außerordentlichen Mitgliederversammlung soll das Thema am 11. Februar intensiv diskutiert und über eine Anpassung des Mitgliedbeitrages abgestimmt werden.

Ra.

wie stark die Rübe an Wettbewerbskraft eingebüßt habe. Seiner Berechnung nach müsse die Rübe mindestens 33,00 €/t bringen, um alle Kosten zu decken.

Klage unterstützen?

Der Aktionärsverein, der zurzeit 275 Mitglieder hat, verfolgt seit Jahren auch das Verhalten der Nordzucker im Zusammenhang mit den Kartellverfahren kritisch. Wie das Beiratsmitglied Prof. Dr. Jörg Rafael Heim erläuterte, betrug das gegen die Nordzucker AG verhängte Bußgeld 8,5 Mio. €. Die Höhe der Schadensersatzklagen der Süßwarenhersteller könnte aber nach Einschätzung von Kartellrechtsexperten eine Größenordnung von etwa 500 Mio. € erreichen. Ungeklärt sei bis heute, so Heim, ob und inwieweit Vorstandsmitglieder der Nordzucker an den Preisabsprachen in den vom Kartellamt genannten Zeitraum persönlich beteiligt waren und daher haften müssten.

Um Licht ins Dunkel zu bringen hatte der Verein auf

den letzten beiden Hauptversammlungen Anträge gestellt, um diesen Sachverhalt durch einen unabhängigen Dritten klären zu lassen (Antrag auf Sonderprüfung). Diese Anträge seien aber mehrheitlich abgelehnt worden. Laut Heim gebe es aber noch die Möglichkeit nach Aktienrecht, dass ein Gericht die Sonderprüfung anordnet, wenn nur eine geringe Anzahl an Aktionäre dieses Vorhaben unterstützt.

Um die Sonderprüfung, der von Fachanwälten gute Erfolgsaussichten eingeräumt werden, zu starten, benötigt der Aktionärsverein aber eine schriftliche Zusage der Aktionäre, dass sie den Antrag unterstützen. Für die Klage sind mindestens 40.000 Aktien von der Nordzucker AG erforderlich. Bei der Sonderprüfung gehe es um das Vermögen der Aktionäre, das dadurch geschützt werden soll. Vorteil dieses Schachzuges wäre es, dass den Unterstützern der Klage daraus keine Kosten entstehen. Alle Kosten werden, so Heim, vom Aktionärsverein getragen. *Werner Raupert*

51748308_dlv
(id #46317044)
93.0 mm x 270.0 mm